

„Sympathischer Haufen von Freidenkern“

Mit diesen Worten warb der als Nachfolger des vermeintlich glücklosen FDP-Vorsitzenden Philipp Rösler gehandelte Senior Rainer Brüderle am diesjährigen Stuttgarter „Drei-Königs-Treffen“ für sich. Dabei ging es ihm einerseits um eine Liebeserklärung gegenüber seiner Partei und andererseits um eine Situationsbeschreibung der von Minister Rösler geführten FDP. Er hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Umfragen bestätigten nach dem 06. Januar, dass die FDP auf Bundesebene nur noch über 2 % Sympathisanten verfügt. Bei der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Januar droht den Freien Demokraten das Scheitern an der 5-Prozent-Klausel, so dass – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl – die Liberalen sich einfach konsequent auf ihr Fundament verlassen müssen:

Die Freiheitsidee umfasst einerseits die Emanzipation der Bedrängten, andererseits die Förderung der Fähigkeiten (1). In diesem Zusammenhang stehen auch verstärkte Bemühungen um verstandesmäßige und praktische Bildung (2). Zum Erfolg wird führen der Verzicht auf destruktive Beschäftigung mit der eigenen Partei bis zur Selbstzerfleischung (3). Zu trainieren ist der Mut zur Aufdeckung der Medienmacht und die die Gesellschaft weitgehend bestimmende veröffentlichte Meinung (4). Gerade hierzu zählt auch das Brechen der bestehenden Herrschaft grünen Gedankenguts bei den so genannten Eliten (5). Zu desavouieren ist der albern wirkende „Kampf gegen Rechts“ zugunsten eines Engagements gegen jeglichen Extremismus (6). Unterstützenswert ist die Treue zu unserem vorzüglichen Grundgesetz und überhaupt zu unserer Rechtsordnung (7). Zwangsläufig sind die menschenfeindlichen Ideologien wie die Politische Korrektheit zu entmachten (8). Somit sind die mit der Energiewende verbundenen schwerwiegenden Mängel zu beseitigen (9). Das gilt ebenso für die im Zusammenhang mit der Euro-Währung zusammenhängenden Missstände (10). Hilfreich ist eine Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln wirklich freiheitlichen Denkens (11). Schließlich geht es um das Wohl des Volks, frei von Bevormundungen seitens die Herrschaft missbrauchender Ideen und Institutionen (12).

Beherrzt die FDP diese Denkanstöße, so könnte sie sich gar ihren Ursprungswunsch der „18 %“ selbst erfüllen.

Für diejenigen Leser, die sich noch etwas mehr zumuten, geht der Verfasser ins Detail und teilweise in die Tiefe. Ausgangspunkt ist, dass nach der ARD-Umfrage vom 10.01.2013 die CDU 40 %, die SPD 33 %, die Grünen 13 % und die FDP 5 % Stimmen in Niedersachsen erhalten sollen. Im NDR-Duell zwischen Ministerpräsident David McAllister (CDU) und seinem sozialdemokratischen Herausforderer Stefan Weil kam zum Ausdruck, dass die Bevölkerung mit der jetzigen Regierung CDU/FDP eigentlich zufrieden ist, aber die überwiegende Zahl einen Wechsel in Richtung Rot/Grün erstrebt. SPD und Grüne kämen nach dem Stand auf 46 %, CDU und FDP auf nur 45 %. Gerade bei den Liberalen besteht erheblicher Handlungsbedarf. Der Parteivorsitzende forderte im Fernsehen dazu auf, dass jeder Bürger seinen Beitrag zur Niedersachsenwahl leisten solle („Panorama“, NDR vom 15.01.2013). Für die Freien Demokraten ist es allemal lohnend, sich in die Detaillierungen der 12 Unterabschnitte zu vertiefen.

1. Unverzichtbares Freiheitsdenken

Offensichtlich braucht unsere Gesellschaft die Freien Demokraten heute dringender als je zuvor während des Bestehens der Bundesrepublik. Man denke nur an die Folgen der Gender-Ideologie wie die Verstaatlichung von Kindern, die dilettantische Energiewende mit unbegrenzten Stromkosten oder die Vergemeinschaftung der Schulden der Euro-Staaten.

Die Ideen vom Januar 2012 Jahren sind gar nicht einmal so abwegig. Das Motto „Wachstum ist gesund“ stellt eine nachvollziehbare Erkenntnis dar, wobei es nicht nur um eine Steigerung der Wirtschaftskraft geht, sondern auch um Bildung, Forschung oder eine erfolgreiche Integration. Der Wirtschaftsliberalismus, also der ökonomische Freisinn wurzelte im Vertrauen „in eine vernünftige Weltordnung, an die von Gott gegebene prästabilisierte Harmonie“ (v. Wiese in „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ unter „Liberalismus“ Spalte 347). Das muss für die Freien Demokraten wirklich ermutigend sein, auch wenn man an die derzeitigen 2 % bundesweit denkt. Jesus erinnert in einem Gleichnis an ein kleines Senfkorn, aus dem schließlich doch eine große Pflanze wird.

Die FDP läuft Gefahr, dass sie den liberalen Gedanken trivialisiert und Kompromisse mit der Mittelmäßigkeit schließt (v. Wiese, a.o.St. Spalte 348). Das Besondere am Liberalismus ist, dass er deutlich das Recht über den Staat stellt. Gerd Habermann fordert in seinem Buch „Freiheit oder Knechtschaft“ (München, 2011): Man soll „schönfärberische Begriffsverfälschung sozialer Demagogie aufdecken“ und unsere zivilisatorischen Werte „gegen den Ansturm der Egalitaristen, Etatisten, Fiskalisten und Sozialkleptokraten verteidigen. Deshalb nimmt es nicht wunder, dass der Staatskritiker und „Spiegel“-Journalist Jan Fleischhauser von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit kämpfte (Buch „Unter Linken – von einem, der aus Versehen konservativ wurde“).

Vielleicht helfen Aufmunterungen wie diejenigen vom rechtsliberalen Stresemann-Club beim FDP-Bundesparteitag 2012, etwa „Freiheit ist nichts für Waschlappen – Kante zeigen FDP!“. Parteichef Rösler, Bundestagsfraktionsvorsitzender Brüderle und NRW-Stimmensammler Lindner betrachten in der Tat ihre Partei als die einzige bürgerliche Alternative. Allerdings kann man nicht gerade behaupten, dass die Freien Demokraten sich vehement gegen das freiheitsraubende Antidiskriminierungsgesetz gewandt hatten, sie hätten es wortstark bekämpfen müssen. Das hat dann der Verfasser mit seinem Buch „Hilfe, wir werden diskriminiert!“ getan. Gerade der überragenden Bedeutung des Freiheitsgedankens gegenüber der Gleichheit hat er Rechnung getragen (siehe S. 59 ff). Sogar die Französische Revolution setzt die „Liberté“ vor die „Egalité“ (S. 83). Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz hat sich als verfassungswidrig herausgestellt.

Verstanden hat dies der im Jahre 2012 gewählte neue Bundespräsident Joachim Gauck. Die „Freiheit“ hat bei ihm Priorität, was man nicht nur auf seine persönlichen Erfahrungen in der ehemaligen DDR zurückführen kann. Immerhin konnte sich die FDP ja ein wenig gegenüber Kanzlerin Merkel durch die fixe Nominierung des ehemaligen ostdeutschen Pastors profilieren. Diese Sympathie für den Theologen ist augenfällig, der u. a. äußerte: „Als Christ macht mich Gott verantwortungsfähig, indem ich ständig im Dialog stehe mit Gott, seinem geoffenbarten Wort ... Trotz Aufklärung und Modernisierung leben wir – theologisch gesprochen – in einer gefallenen Welt. Der nationalsozialistische wie auch kommunistische Herrschaftsgestus und die dazu gehörenden Verbrechen spiegeln das andere Gesicht der Moderne wider. Jene Menschen, die in ihrem Größenwahn Gott spielen wollten und deshalb maßlos geworden sind, hätten sich menschenwürdiger verhalten, wenn sie in der Verantwortung vor Gott gehandelt und die Verbindung von Herz und Verstand zustande gebracht hätten“ (idea-Spektrum 11/2012). Der Bundespräsident vermag auch differenzierend

über die Freiheit zu sprechen, gerade im Kontext mit der gesellschaftlichen Verantwortung, die dem aufgeklärten Menschen so schwer fällt: „Es ist die Furcht vor der Freiheit. Der Mensch hat sich in einem Akt der Freiheit gegen Gott aufgelehnt und ist aus dem Paradies vertrieben worden. Er ist jetzt frei, aber einsam und voller Angst“ (idea Spektrum a.o.St.). Damit soll nur angedeutet werden, wie kompliziert es ist, mit dem Begriff „Freiheit“ vernünftig umzugehen, vor allem deutlich zu machen, woraus ein großer Teil der Ängste, welche auch die FDP steuern, entstammen. Bei der Beachtung des Doppelsinns der Freiheitsidee – auf der einen Seite die Bedrängten zu emanzipieren, auf der andere den Fähigeren Betätigungsmöglichkeiten zu geben (von Wiese, a.o.St. Spalte 345) – wird die FDP wieder breitere Bevölkerungsschichten erreichen.

2. Selbstbewusster Verstandesgebrauch

Experten meinen, der deutsche Philosoph Immanuel Kant sei der größte, den Europa hervorgebracht hat. Letztlich kommt es darauf nicht an, sondern auf seine permanente Forderung, sich des eigenen Verstandes zu bedienen. Zum Kern des Liberalismus gehört auch der kategorische Imperativ des großen Denkvorbilds: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne“. Dies passt zur Auffassung des FDP-Vorsitzenden Rösler, wenn er es als eine wichtige Aufgabe ansieht, „die Menschen aufzuklären“. Das ist für ihn „der liberale Weg“ („Spiegel“-Interview in Heft 29/2011). Da der Königsberger Denker faktisch ein Bibelausleger ist, passt es zu dem Vize-Kanzler und Wirtschaftsminister, gerade im Hinblick auf sein Bekenntnis zum Christsein und seiner Stellung im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken.

Menschen, welche den Umgang mit ihrem eigenen Verstand lieben, wie der Schriftsteller Martin Walser, kämpfen in aller Öffentlichkeit für die FDP. Dieser bundesweit bekannte und beliebte Autor hat einiges mit Rösler gemein, nämlich die Freude an Spaß und Ironie sowie die Erkenntnis über die Bedeutung des Christentums gerade in unseren Tagen. In einer Talkshow mit Maybritt Illner (ZDF) offenbarte er, dass er „auf die Kraft der Argumente“ setze. Renate Künast, die grüne Kandidatin für den Posten des Berliner Regierenden Bürgermeisters, reagierte: „Die Kraft der Argumente sagt mir nur wenig“. Der FDP-Vorsitzende konterte: „Schade, aber wir sind auch nicht in derselben Partei“. Frank und frei bekundet der Bundes-Wirtschaftsminister, dass er sich trotz des geplanten Ausstiegs aus der Kernenergie für die Atomforschung in Deutschland weiter einsetzen wolle („Der Spiegel“ 21/2011); dazu gehört schon eine gewisse Chuzpe unter Berücksichtigung der grün dominierten Medien.

Der Verfasser hatte während seiner Jahre in Baden-Württemberg persönlichen Kontakt mit dem damaligen Justizminister Prof. Goll; dieser reagierte auf ein Umfragetief zulasten seiner Partei: „Dies kann gar nicht sein. Die Partei ist ja nicht verschwunden. ... Ich warte nur noch auf die erste Umfrage, die uns bei unter 0 notiert“. Das zeigt, dass die FDP durchaus über Verstand und auch Humor verfügt. Nur nebenbei: Das Umfragetief hängt zum großen Teil damit zusammen, dass – gerade die beiden letztgenannten – FDP-Politiker entgegen dem durch Medien gesteuerten Neuen Atheismus sich positiv zum christlichen Glauben bekennen.

3. Vermeidbare Selbstkasteiung

Als Philipp Rösler zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde, war die Rede von einer „neuen Ära“, dem Kampf gegen die Auflösung der Bürgerrechte und der „Befreiung“ von diversen Bedrückungen. Rösler wollte „ein Parteichef der Herzen“ sein. Bedeutet das nun mehr als das

herrschende linksliberale Gefühl, man sei die Mitte? Distanziert sich die FDP wirklich vom Mainstream? Kann sie sich sogar überflüssig machen? Diese Fragen muss die FDP beantworten. Darauf warten die Bundesbürger, insbesondere die Parteigenossen.

Bei 2 %, welche eine Forsa-Umfrage in der ersten Januarhälfte 2013 bundesweit den Freien Demokraten zugesteht, muss man Verständnis für decouragierende Elemente in der Partei haben. Die Kampagne von Entwicklungsminister Niebel gegen den Parteivorsitzenden am Epiphaniastag spricht für sich.

Generalsekretär Patrick Döring wunderte sich nicht: Der Absturz bei den Meinungsforschern sei die Quittung für das Führungstheater der letzten Wochen, denn „Selbstbeschäftigung wird nicht gewählt“. Auch der schleswig-holsteinische vorläufige Retter der Partei, Wolfgang Kubicki, vermisst eine wirkliche Aufmunterung. Er wehrt sich dagegen, dass in der deutschen Politik der Konsens belohnt wird, nämlich das wohltemperierte Mittelmaß („Der Spiegel“ 9/2009). Der rheinland-pfälzische Delegierte im Bundesparteitag 2012 Florian Miethe erkannte in dem neuen Grundsatzprogramm der Partei nur einen „angepassten linken Mist“, ohne sich von anderen Parteien zu unterscheiden.

Selbsterkenntnis ist für jede Partei sehr wertvoll, es darf aber nicht enden in einer Selbstzerfleischung. Gerade die Freien Demokraten müssen aus der Freiheit heraus, worauf Bundespräsident Gauck hingewiesen hat, zu neuen Ufern gelangen.

4. Reduzierbare Medienmacht

Orientieren sich die Liberalen etwa mehr an den Massenmedien als an den wirklichen Wünschen der Bevölkerung? Es riecht nach Angst vor der Vierten Gewalt, obgleich diese intellektuell kaum an das traditionelle freiheitliche Gedankengut heranreicht. Die Schimpfkanonaden der vereinten Journalisten gegen die FDP und das Hohngelächter über die Abstürze der Freien Demokraten in den meisten Landtagswahlen nach den mehr als 14 % im Bundestag wirken gekünstelt. Wenn nach Untersuchungen bald 50 % der Journalisten mit den Grünen sympathisieren, dann ist das alles andere als verwunderlich. So fragt einer ihrer Vertreter, nämlich Christoph Seils in seinem Buch: „Parteidämmerung oder: Was kommt nach den Volksparteien?“. Für ihn steht fest, dass die Traditionsparteien ausgedient hätten und die ideologisch gesteuerten Konkretisierer des 68er Gedankenguts wirkliche Zukunftsperspektiven böten, etwa durch die Auslöschung der jahrtausendealten Vorstellungen über die Familie, um Geschiedene, Homosexuelle, Kinderlose oder Alleinerziehende in Führungspositionen zu hieven. Dieser Journalist setzt mit vielen Kollegen auf die veröffentlichte Meinung, um so die öffentliche Meinung zu dominieren. Wichtig ist ihnen, neue Tabus aufzubauen, um Kritik am grünen Establishment als Diskriminierung hinzustellen.

Liberaler Politik ist somit out. So schrieb das Magazin „liberal“ („Vierteljahreshefte für Politik und Kultur der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“) im November 2011, es sei die Herstellung einer „den Aufgaben entsprechenden öffentlichen Meinung“ erforderlich, um „das gesellschaftliche Klima zu prägen“. Der ehemalige FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Gerhardt forderte zu recht, auch vor Unpopulärem nicht zurückzuschrecken. Nun bewundern die Medien die Leidenschaft Röslers als dessen größte Stärke. Er hat sich im Kontext mit der Ablösung seines Vorgängers Westerwelle zugetraut, alle unangenehmen Gespräche zu führen. Auch bei den jetzt wöchentlichen Rücktrittsforderungen bleibt er standhaft („Der Spiegel“ 3/2013). Somit könnten die liberalen Tugenden wie Freiheit und Verantwortung

einschließlich kämpferischer Toleranz und Zivilcourage wieder gestärkt werden. Das sind in der Tat lohnende Ziele.

Dazu bedarf es allerdings eines gewissen Quantum an Mut. Es wäre gut, wenn die Liberalen auf dem Weg fortschreiten würden, den sie selbst gebahnt hatten: Sie waren es, welche – auch um Bundeskanzlerin Merkel zu düpiieren – nach dem Rücktritt von Bundespräsident Wulff für Joachim Gauck als Nachfolger öffentlich plädiert hatten. Nach dem Grundgesetz ist das Amt des Bundespräsidenten im Vergleich zu der in anderen Staaten realisierten Machtausübung weitgehend nivelliert. Gleichwohl hat er gerade im Hinblick auf die Medien große Möglichkeiten, worauf selbstverständlich die Meinungsmacher und Inhaber der Deutungshoheit nicht hinweisen. Es geht darum, die Möglichkeiten des Grundgesetzes auszuschöpfen, gerade im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses fordert die Berücksichtigung, dass das Verletzungspotenzial der Massenkommunikation erheblich größer als dasjenige der Individualkommunikation ist (Entscheidungssammlung 35 S. 202, 226). Zwangsläufig müssten die einflussreichen Leitmedien strenger behandelt werden als Publikationen mit geringer Reichweite. Logischerweise genießen Formalbeleidigungen und Äußerungen mit schmähdendem Charakter so gut wie keinen Schutz (Entscheidungssammlung 82 S. 272, 281). Es sind Intimsphäre und Kernbereich der Ehre zu wahren, wie es dem Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts entspricht (Art. 5 Abs. 2 GG). Gerade wer andere kritisiert, muss mit einem Angriff in gleicher Schärfe rechnen. Das ergibt sich bereits aus dem in Art. 2 GG verankerten Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die Presse darf keinesfalls die Wahrheit entstellen (Entscheidungssammlung 12 S. 113, 130), die wichtigste Schranke der Pressefreiheit ist die Menschenwürde nach Art. 1 GG (Entscheidungssammlung 102 S. 347, 366).

Was das Verhalten des Bundespräsidenten betrifft, so soll die Presse selbstverständlich darüber wachen, dass dieser um größtmögliche Neutralität bemüht ist. Seine Integrationsfunktion zielt ab auf die Artikulation eines nationalen Basiskonsenses hinsichtlich grundlegender Werte (Schmidt-Bleibtreu u.a., Kommentar zum Grundgesetz, Art. 54 RandNr. 31). Teilweise wird, und gar nicht so zu unrecht, der Begriff der „pouvoir neutre“ zugrunde gelegt (vgl. von Münch u. a., Kommentar zum Grundgesetz, Art. 54 RandNr. 2). Damit wird eine über den drei klassischen Gewalten stehende Vierte Gewalt für zulässig erachtet, und zwar gerade durch den Bundespräsidenten. Die Realisierung dieser verbesserten Vierten Gewalt kann die FDP fördern, zumal den Verantwortlichen bewusst ist, dass der einzelne Bundesbürger vielfach ganz anders in seinem Herzen denkt als es die Medien in ihrer veröffentlichten Meinung über die „öffentliche Meinung“ zum Ausdruck bringen (vgl. die Wissenschaft über die „Schweigespирale“). Wenn nun dem durch die Verfassung geschwächten Bundespräsidenten diese Türen offen stehen, gilt dies erst recht für eine demokratische Partei, welche nicht nur durch das Grundgesetz in Art. 18 besonders geschützt ist, sondern die sich auch seit mehr als 60 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland bewährt hat. Die FDP wäre durchaus geeignet, mit ihrem Freiheitsgeist die immer stärker grünen und damit der Verstaatlichung frönenden Journalisten zu steuern. Ideen kann die FDP aus dem Buch des Verfassers „Macht statt Geist – über den kulturellen Abstieg des öffentlich-rechtlichen Fernsehens“ gewinnen.

5. Destruktive Grüne

Die höchst erfolgreiche Partei „Die Grünen“ wird derzeit in Bezug auf die Chancen für die Bundestagswahl mit 13 % bewertet. Das entspricht etwa der Benotung der FDP im Jahr 2009. Hält man sich die Errungenschaften der Grünen vor Augen, dann müssten sie auf eine Quote

degradiert werden, bei welcher sich derzeit die Liberalen bewegen, nämlich bei 2 %. In Bezug auf die Niedersachsenwahl wäre es gewiss klug, wenn die FDP auf die Persönlichkeit des Fraktionsvorsitzenden Stefan Wenzel aufmerksam machte, welcher in einem „Bioenergie-Dorf“ lebt, was nicht zu beanstanden ist, jedoch als Abgeordneter des Wahlkreises Göttingen kaum Distanz zu linksextremen Gruppen (etwa „Antifa“) zeigte. Dass CDU-Ministerpräsident David McAllister in der nächsten Legislaturperiode nicht mit den Ökopaxen koalieren will, mag für die Freien Demokraten ermutigend sein, dafür spricht auch der Blitzbesuch beim Kleinen Parteitag der FDP in Verden eine Woche vor der Niedersachsenwahl.

Die parteiinterne Gruppe der „Stresemänner“ fordert zu recht das klare Bekenntnis zur Marktwirtschaft, vor allem die Reduzierung des staatlichen Einflusses auf den Bürger; im Hinblick auf die Energiewende erscheine es als unverantwortlich, den Forderungskatalog der Grünen zu übernehmen. Die FDP hätte somit auch die Möglichkeit, sich von der weitgehend sozialdemokratisch gewordenen CDU abzugrenzen. Sie würde damit ein erhebliches Potenzial an Wählern befriedigen. Wenn der Delegierte Matthias Hellmann aus Sachsen-Anhalt beim Bundesparteitag darauf verweist, wir hätten genügend linke Parteien und das eigene neue Grundsatzprogramm sei für ihn kaum mehr als „Wellness-Liberalismus“, dann sollten diese eigenen Stimmen gehört werden. Das gilt auch für die liberale Gruppe um den Euro-Kritiker Frank Schäffler mit seinem Positionspapier „Mehr Mut zu Recht und Freiheit“. Damit hätte man bereits eine gute Grundlage gegen den von den Grünen gewünschten Tugendstaat, welcher die Frauenquote fordert oder eine Feindschaft gegen die freie Bewegung des Autofahrers entwickelt. Irgendjemand muss sich gegen amtlich diktierte Wertordnungen wenden! In Frage kommen heute am ehesten die Liberalen. Vorbilder gibt es genug, etwa den Förderer der deutschen Geistesgeschichte Wilhelm von Humboldt, der obrigkeitliches Bestreben quasi als Sündenfall angesehen hat. Man kann vom bayerischen Wirtschaftsminister Martin Zeil lernen: „Auch in der Politik ist es das Klügste, man spielt auf das gegnerische Tor“ („Der Spiegel“ 32/12). Man darf nicht übersehen, dass die Liberalen letztlich der Lieblingsgegner der Grünen sind.

Das sollten sie auch sein in dem ganz besonders wichtigen Lebensbereich von Ehe und Familie. Was die Grünen sich hier leisten, ist gesellschaftsschädlich. Darauf hat der Verfasser in seinem Buch „Mehr Mut zum C in der Politik“ (S. 100 ff) deutlich aufmerksam gemacht. So stammt von den Grünen die erneuerte Definition des Begriffs „Familie“: „Wir verstehen darunter auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit oder ohne Kind, polygame Lebensgemeinschaften, Patchwork-Familien, Alleinerziehende, aber auch Wohngemeinschaften wie Studierenden-, Mehrgenerationen- und Seniorengemeinschaften oder ganz einfach der engste Freundeskreis“.

Natürlich ist es begrüßenswert, wenn einzelne Menschen sich zu Freundeskreisen zusammenschließen. Dies als Nachfolge-Ideal für die Familie hinzustellen, stößt eine jahrtausendealte Kultur über den Haufen. Dabei ist klar: Eine irgendwie geartete Diskriminierung von Menschen in anderen Lebensformen ist absolut unzulässig, ebenso ist eine bewusste Förderung dieser Novitäten gesellschaftsfeindlich, wobei es selbstverständlich weiter um die Fürsorge für Notleidende, etwa Alleinerziehende, gemäß unserer Rechtsordnung geht. Es ist zu differenzieren zwischen persönlichen Lebenswegen Einzelner, was allemal zu respektieren ist, sowie von Staat und Gesellschaft geförderten Lebensformen, welche allenfalls als Notbehelf zu achten sind.

Es bleibt die Pflicht verantwortungsvoller Politiker, Art. 6 unserer Verfassung zu achten, also die traditionelle Familie zu fördern. Die Grünen haben sich als Nachfolger der 68er

Sexualrevolutionäre entpuppt. So haben sie sich eingesetzt etwa für die offene Ehe oder den Gruppensex; die Verantwortung einschließende Liebe wurde gegenüber dem Sex hintangestellt. Die FDP kann sich einsetzen für die Aufwertung der Liebe, nachdem der Schweizer Psychologieprofessor Jürg Willi im „Kulturjournal“ (14.01.2013, 3sat) insoweit Mut gemacht hat.

6. Unverantwortlicher Extremistenschutz

Nach dem Gesagten könnte man denken, der Staat müsste vor allem rechtes Gedankengut protegieren, hingegen dasjenige aus der linken Ecke bekämpfen, zumindest hintanstellen. Richtig ist die Gleichbehandlung, die sich auch in Art. 3 GG widerspiegelt. Die Bürger sind vor Rechts- und vor Linksextremisten ohne Einschränkung zu schützen. Verwunderlich ist allerdings, dass die meisten Politiker, vor allem die Medien sich nur engagieren für „den Kampf gegen Rechts“. Dabei geht es nicht nur um schwere sprachliche Mängel, sondern um eine im höchsten Maße destruktive Verzerrung des realen Geschehens.

Es gehört zu den Pflichten der Parteien, sich auch für die Aufrechterhaltung der deutschen Sprache einzusetzen. Hilfreich sein kann ein feines Beispiel aus einer anderen Kultur: Konfuzius wurde gefragt, was er vorrangig täte, wenn er Regierungschef würde. Seine Antwort lautete, er würde den Sprachgebrauch verbessern. Die Zuhörer waren verwirrt, weil das ja nicht direkt etwas mit der Frage zu tun hatte; er erwiderte: „Wenn die Sprache nicht stimmt, so ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist; ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht; gedeihen Moral und Kunst nicht, so trifft die Justiz nicht; trifft die Justiz nicht, so weiß die Nation nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man keine Willkürlichkeit in den Worten. Das ist es, worauf alles ankommt“. Die Grünen verdrehen die Sprache, wenn man sich z. B. die Worte „Diskriminierung“, „Toleranz“ oder „Rassismus“ vor Augen hält; so hat gar der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit behauptet, Christen, die sich zu ihrem Glauben bekennen, seien Rassisten! Der Verfasser vermisst bei talentierten Journalisten die Lust, das zu tun, was sie eigentlich auszeichnet, nämlich gegen den Strom zu schwimmen.

Natürlich kann man nicht übersehen, dass die Medien, gerade das öffentlich-rechtliche Fernsehen, nur höchst ausnahmsweise mit rechtem Gedankengut sympathisieren, es also schwer ist, einen eigenständigen Weg zu gehen. Leider hat Harald Martenstein mit seinem schwerwiegenden Satz in der „Zeit“ Recht: Es „stand noch nie eine Gesellschaft, die keine Diktatur ist, so sehr unter Kontrolle“. Als Jurist fällt dem Verfasser natürlich der § 130 StGB über die Volksverhetzung ein, welcher immer mehr ausgedehnt wird. Er fragt sich, wo gibt es noch Intellektuelle, die sich gegen die allzu starke Geschichtsorientierung am Nationalsozialismus auflehnen, die den „Klimawandel“ in Frage stellen oder die zeitgeistige „Homophobie“ desavouieren. Der Gedanke der „Gleichschaltung“ ist gar nicht so fernliegend, denkt man z. B. an die Kita-Euphorie, die Gender-Ideologie, die nicht unproblematische Energiewende oder die zunehmende Christentumsfeindlichkeit, selbst im öffentlichen Fernsehen. Ist der Begriff „Schwarm-Intelligenz“ völlig abwegig?

Eigentlich müsste es jedem denkenden Menschen Spaß bereiten, gegen den Geist des Mobs vorzugehen, zumal mutige Intellektuelle wie Botho Strauß aussterben, dessen „Anschwellender Bocksgesang“ im „Spiegel“ veröffentlicht wurde und zu recht als das wohl bedeutendste literarische Produkt der Nachkriegszeit gilt. Obgleich er in aller Deutlichkeit „Rechte“ von den neuen Nationalsozialisten abgegrenzt hatte, waren die Mainstream-Medien

über seinen vermeintlichen Rechtsradikalismus empört; er konnte über die „zerknirschten Wissenswächter“ nur staunen. Es zeichnet sich also immer mehr ab, dass unter den Journalisten die Grünen über ein erheblich größeres Gewicht verfügen, als dies sich bei der Bevölkerung, etwa durch Wahlen, niederschlägt. Wo gibt es noch eine Medienkultur, welche sich z. B. kämpferisch für die Förderung von „rechten“ Instituten wie Ehe und Familie einsetzt? Dafür wäre die FDP prädestiniert.

Ermutung hatte die FDP durch den Karlsruher Philosophen Peter Sloterdijk erhalten, als dieser auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung seine „Rede für die Freiheit“ am schweizerischen Bielersee hielt. Er sprach von einer „Implosion der Liberalen“ und wünschte eine „intellektuelle Regeneration des politischen Liberalismus“. Unter Berücksichtigung derartiger Gedanken erscheint der von den Medien gesteuerte „Kampf gegen Rechts“ als absurd. Bedauerlicherweise wurden die klugen Gedanken des kreativen Philosophen in den letzten FDP-Parteitag mehr oder weniger unterdrückt. Insoweit besteht erheblicher Handlungsbedarf.

7. Vorbildliche Rechtstreue

Die FDP hat sich bislang weitgehend dadurch ausgezeichnet, dass sie zu dem Koalitionsvertrag mit den Unionsparteien steht. Deutlich hat sie es bewiesen im Kontext mit dem vereinbarten Betreuungsgeld, denn sowohl das Kabinett als auch der Bundestag haben sich – trotz wüster Beschimpfungen seitens anderer Parteien und der Medien – an das Recht gehalten. Das ist gewiss vorbildlich, zumal von innen und von außen immer wieder zum Boykott der Koalitionstreue aufgerufen worden ist.

Ähnlich sieht es aus mit der Orientierung am Vorgehen der Bundeskanzlerin Angela Merkel, soweit es das Agieren in Bezug auf die Währungsunion betrifft. Trotz antiliberaler Tendenzen in Richtung Vergemeinschaftung der Schulden haben sich insoweit nur vereinzelte Freie Demokraten für die Freiheit der deutschen Nation entschieden. Die meisten Liberalen haben sowohl auf der Regierungsbank als auch im Bundestag für den Rettungsschirm gestimmt. Das ist im Hinblick auf unser Grundgesetz höchst problematisch, auch wenn das Bundesverfassungsgericht vorläufig dem zugestimmt hat. Die Frage lautet, ob es wirklich das Recht über den Staat gestellt hat, wie es den Grundlagen des Liberalismus entspricht. Man kann insoweit auch über den Freiheitsbegriff diskutieren, etwa die Freiheit wovon, die Freiheit wozu, oder die Freiheit wofür. Es geht um die Relation zwischen Bürger und Staat, auch zwischen Deutschland und Europa.

Keinesfalls darf übersehen werden, dass zu gewissen Zeiten eine engere Verknüpfung mit den Prinzipien der Gleichheit – durchaus im Sinne der Demokratie – eingegangen werden muss; es darf mitnichten die „Ellbogenfreiheit“ für die Starken, im Wirtschaftsleben also für die Reichen gezielt unterstützt werden. Insoweit ist das Postulat von Intellektuellen, Medien und Politikern ernst zu nehmen, dass die finanzkräftige Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zur Entschuldung der europäischen Südstaaten leisten müsse.

Allerdings ist darauf zu achten, dass bei derartigem „Freigeist“ es nicht zu einer Versklavung der finanzkräftigeren Nationen kommt und diese nicht Opfer der Ausbeutung werden. Die freie Entfaltung der Überdurchschnittlichen sollte nicht gehemmt werden (von Wiese, a.o.St. Spalte 345). Da es sich insoweit um Probleme handelt, die in der deutschen Geschichte erstmalig sind, ist es nicht angetan, das Verhalten von FDP-Politikern – gleich welcher Richtung – einseitig zu kritisieren.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts setzt das Grundgesetz die Staatsfreiheit der Parteien voraus. Das erfordert nicht nur die Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit vom Staat, sondern auch, dass sich die Parteien ihren Charakter als frei gebildete, im gesellschaftlich-politischen Bereich wurzelnde Gruppe bewahren (Entscheidungssammlung 85 S. 264). „Weil die politischen Parteien als Zwischenglieder zwischen dem Einzelnen und dem Staat nicht nur an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, sondern auch die Bildung des Staatswillens beeinflussen, wehrt das Verfassungsgebot der grundsätzlich staatsfreien und offenen Meinungs- und Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen jede staatlich-institutionelle Verfestigung der Parteien ab und verbietet die Einfügung in den Bereich der organisierten Staatlichkeit“ (Schmidt-Bleibtreu, Kommentar zum Grundgesetz, § 21 RandNr. 33). Daraus erhellt, dass gerade die FDP als liberale Partei sich auch im besonders schwierigen Problembereich an ihren Wurzeln orientieren soll. Das kann dazu führen, dass die Freien Demokraten sich im Einzelfall auch im Interesse des Volks von starrer Koalitionstreue lösen, wenn ihnen insoweit Verfassungsprobleme bewusst werden. Im Laufe einer Legislaturperiode können Situationen entstehen, welche zu einem „Wegfall der Geschäftsgrundlage“ des Vertrags mit den Unionsparteien führen. Von der FDP wird die Stimme der Vernunft gefordert: Auf sie zu hören dürfte ihr nicht allzu schwer fallen, weil sie ja auch über eine mehr als 150 Jahre alte Tradition verfügt.

8. Politische Unkorrektheit

Herrschend bei Intellektuellen und Medien ist heute im nachchristlichen Zeitalter die Ideologie der „Political Correctness“. Im Prinzip geht es zunächst einmal ansatzmäßig um eine schöne Idee, nämlich Minderheiten, die in der Vergangenheit gelitten haben, Gutes zu tun. Als eine Art Kompensation kommt dann hinzu, dass die Benachteiligten nun zu privilegieren seien. Schon die Sprache muss korrekt sein. Noch nachvollziehbar sind sprachliche Korrekturen, so dass Ausdrücke wie „Neger“ oder „Zigeuner“ als diskriminierend zu bewerten seien. Problematischer ist: Homosexuelle seien allein schon durch ihre Leiden unter den Nationalsozialisten zu privilegieren, und zwar nicht nur durch die Gleichsetzung der Lebenspartnerschaften mit Eheleuten, sondern auch durch Bestrafung jeglicher Kritik an ihrer Praxis. Derartiges ist Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, welches die „Neue Toleranz“ fordert. Es geht nicht nur darum, dass die Meinungen Anderer respektiert werden, nein, sie müssen gleichzeitig gut geheißen werden.

Als der ehemalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle nach seinem großen Wahlerfolg die Bitte an Journalisten äußerte, in deutscher Sprache mit ihm zu reden, führte das zu reichhaltiger Häme in den Medien. Es ist heute unziemlich, spezifisch Deutsches positiv in der Öffentlichkeit herauszustreichen, die Antidiskriminierungsideologen halten Wacht. „Es gilt heute schon als Ausweis freiheitlichen Denkens, wenn ein Politiker sagt, dass das, was durch staatliche Wohltaten umverteilt wird, erst einmal erarbeitet werden muss. Die Frage nach den Gründen für die Umverteilung und vor allem nach der Vereinbarkeit von individueller Freiheit und Verantwortung mit staatlichen Interventionen wird auch von bürgerlichen Politikern kaum mehr gestellt“ (Sascha Tamm, Referent der Friedrich-Naumann-Stiftung in „eigentümlich frei“ 1/2013). Völlig unzulässig erscheinen Äußerungen wie die des Philosophen Sloterdijk, Alleinerziehende würden sich den Luxus leisten, sich wegen der staatlichen Unterstützung so leicht trennen zu können, um dann ins soziale Netz zu fallen („Kulturzeit“ 3sat 28.01.2010). So etwas dürfte wohl niemals ein Politiker sagen, ein Freidemokrat müsste mit Drohungen rechnen. Es herrscht die sanfte Diktatur der

Wohlmeinenden, was sich besonders durch die Sozial- und Integrationsindustrien widerspiegelt. Man scheint die staatliche Bevormundung lieb gewonnen zu haben. Auch die FDP schweigt. So kann man sich direkt mit Bettina Röhl über die Inkonsequenz der Herrschenden lustig machen, welche in öffentlichen Medien dem Mainstream frönen: „links öffentlich-rechtlich reden und rechts privat leben“ (Wirtschaftswoche online 08.01.2013).

Dass die Bürger anders als Medien und Politiker denken, wird in Frankreich deutlich: Die sozialistische Regierung will die „Homo-Ehe“ einführen, das Volk stemmt sich – in Demonstrationen mit teilweise hunderttausend Bürgern – entschieden dagegen. 70 % der Franzosen plädieren für eine Volksbefragung, welche Präsident François Hollande aufgrund seiner Ideologie aber ablehnt. Aufschlussreich ist, dass die der FDP angehörende Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger weitere Gesetze zur Gleichstellung homosexueller Partnerschaften fordert, wobei sie sich nach außen hin zwar irgendwie freiheitlich verhält, aber letztlich eher für das Libertäre als für das Liberale kämpft. Gerade bei diesem Amt, das für die Aufrechterhaltung des Rechts geschaffen ist, sollte Art. 6 unserer Verfassung mit dem besonderen Schutz von Ehe und Familie Priorität behalten. Die Albernheiten nehmen zu, wie etwa der Wunsch, Vater und Mutter abzuschaffen und dafür „Elter 1“ und „Elter 2“ zu kreieren.

Der FDP wird empfohlen, Mut zu zeigen, „quer zum Mainstream der ‚Guten‘ zu denken“. Die Liberalen müssen dagegen kämpfen, dass Andersdenkende reflexhaft als „rückständig, reaktionär, biologistisch, faschistisch, rassistisch und sexistisch“ diffamiert werden (Maternus Millett, „Das Schlechte am Guten“, Münster, 2011 S. 2). Das ist ganz typisch für die Politische Korrektheit. Der Buchautor und Redakteur Millett spottet über die privilegierte Elite, die mit „moralischer Überlegenheit und gesichertem Einkommen“ kaum Skrupel hat, zu totalitären und repressiven Mitteln zu greifen. Es handelt sich bei dieser Ideologie um einen gesamtgesellschaftlichen Groß-Menschenversuch, der autoritär durchgedrückt werden soll (Millett, a.o.St. S. 11). Ziel ist letztlich im marxistischen Sinne die Abschaffung des Bösen und die Installierung des Paradieses auf Erden. „Den Guten geht es offenbar schon lange nicht mehr um Gleichstellung und Gerechtigkeit, sondern um die dauerhafte Umkehrung der von ihnen festgestellten Unterdrückungsverhältnisse“ (S. 17). Dabei vergessen die Protagonisten die Ideale einer ihrer Vorgängerinnen, nämlich Rosa Luxemburg, welche meinte: „Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden“. Allerdings sei, so Millett, bei den Politisch Korrekten Freiheit eine „verfluchte Krankheit“: Die befreiten Individuen seien heute viel weiter, denn sie „bekommen sozialstaatlich organisierte Einsamkeit, medial dröhnende Leere und quälende Furcht vor dem diffusen, gesichtslosen ‚Etwas‘ bei politisch korrekter Bevormundung und Abhängigkeit von sozialstaatlich-industrieller Alimentierung. Diese Bevormundung illustriert die Mutation der einstigen Revoluzzer zu arrivierten Spießern“ (S. 53). Dieser Verfasser fragt: „Warum verehren und beschützen ‚die Guten‘ Mutter Natur, während sie Mutterschaft bei Frauen häufig als Erniedrigung und Knechtschaft betrachten und eine menschliche Natur leugnen“? Nun sollen ja Biologie und Natur in den akademischen Elfenbeintürmen meist kinderloser Gender-Theoretikerinnen in Bezug auf den Menschen keine Rolle mehr spielen (S. 59). Es geht um die Ideologie der vermeintlichen Politischen Korrektheit.

9. Voreilige Energiewende

Es bedarf keiner ernsthaften Diskussion darüber, ob die Abhängigkeit vom Atomstrom auf Null reduziert werden müsse. Es geht hier um das dilettantische Vorgehen von Medien und Politikern. Die grün Orientierten bestimmen zunehmend das Gesamtklima in Deutschland.

Dabei handelt es sich nicht nur um ihren ursprünglichen „Auftrag“, nämlich die Ökologie, sondern um die gesamte Kultur. Das betrifft auch den Journalismus. Man erinnere sich an das furchtbare japanische Unglück im Frühjahr 2011, nämlich die mehr als 20000 Toten durch Tsunami und Erdbeben sowie das Reaktorunglück. Gerade das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat fast genussvoll massenhaft Bilder von Fukushima mit den Rauchwolken gezeigt und immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Kernschmelze erfolgt sei bzw. kurz bevorstehe. Es hat sich schließlich herausgestellt, dass durch das Atomkraftwerk zwei Arbeiter den Tod gefunden haben, allerdings nicht durch Radioaktivität sondern durch Betriebsunfälle. Medien und Politiker, gerade von den Grünen, haben die vermeintlich riesigen Gefahren für Deutschland durch die eigene Kernenergie so hoch gespielt, dass die Regierenden in ihrer tiefen Ergriffenheit die Energiewende gedachten herbeiführen zu müssen. Mitgefühl gegenüber den wirklichen Opfern der japanischen Katastrophe war vergleichsweise wenig zu erspüren.

Immerhin war die Regierung bemüht, möglichst schnell die Voraussetzungen für die Energiewende zu schaffen. Ein großer Teil der Atomkraftwerke wurde abgeschaltet. In Aussicht gestellt wurden vor allem Hochsee-Windparks, wobei allerdings die Lasten auf den Steuerzahler abgewälzt werden sollten. Der Verbraucher ist schon jetzt mit fortschreitenden nicht zu kalkulierenden Erhöhungen der Stromkosten konfrontiert. Wirtschaftsminister Rösler versprach, die Energiepreise möglichst stabil zu halten, was nicht zu gelingen scheint. Fraktionschef Brüderle war aktiv in Bezug auf die neue Energiepolitik. In dem von ihm stammenden Papier ist die Rede von einem Moratorium für neue Solar- und Windkraftanlagen und von einer „Sonderabgabe“ für Ökostromerzeuger. Dabei wurde der FDP-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Rösler nicht einbezogen („Der Spiegel“ 36/2012).

Es sind nicht die Grünen, die in Deutschland für das verantwortungsvolle Umweltdenken ursächlich sind, sondern die Unions-Parteien. Diese haben zuerst erkannt, dass Gott den Menschen „in den Garten“ gesetzt hatte, damit er ihn „baute und bewahrte“ (Genesis 2, 15). Damit werden auch die Grenzen abgesteckt; die christlich orientierten Parteien sind gegen ökologische Ideologien gefeit, wenn sie sich an der Heiligen Schrift orientieren. Es geht darum, die Schöpfung zum Wohl des Menschen zu nutzen, dabei aber gleichzeitig die Natur zu schützen. Mit kontrastharmonischem Bewusstsein wird verantwortungsvolles Handeln gelingen. Die grünen Ideologen – die gewiss auch manchen positiven Denkanstoß gegeben haben – stellen hingegen z. B. die Interessen von Pflanzen und Tieren über den lärmgeschädigten Menschen, der sich – wohnend an einer lauten Durchgangsstraße – die Stadtumgebung wünscht. Hier besteht ein Arbeitsfeld für die FDP.

Nun hatte Bundeskanzlerin Merkel als „ehrgeiziges Ziel“ angestrebt, dass die EU international „Vorreiter und Vorbild in der Energiepolitik und beim Klimaschutz“ sein werde. Deutschland soll auch führend in Fragen der neuen Umwelttechnologien sein. Das ist an sich begrüßenswert. Allerdings spielt die Ideologie gerade im Bereich des Klimawandels auch bei den Regierungsparteien eine recht große Rolle. Nüchtern war noch Helmut Kohl, der im Kontext mit dem „umweltpolitischen Programm“ von der großen Pflicht gesprochen hat: „Die Bewahrung einer gesunden Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts ist eine konservative Aufgabe im besten Sinne des Wortes“. Im Einzelnen sollte es gehen um die Umweltpolitik aus Verantwortung und im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft, wobei z. B. Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Klimaschutz, Lebensmittelkontrolle, Strahlenschutz, Landschaftspflege und Reinhaltung der Meere eine Rolle spielen sollten. Die Realisierung ist allerdings nicht so einfach. Es geht dabei nicht nur um wirtschaftliche Vorbehalte, sondern auch um eine Vielzahl von unterschiedlichen Erkenntnissen. Bücher wie „Die Lüge der

Klimakatastrophe“ oder „Der Klimaschwindel“ weisen auf die Kompliziertheit der Materie hin. Man denke etwa an den Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre: Dieser steigt seit 200 Jahren an. „Ja, bei der Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas entsteht Kohlendioxid, ein Spurengas, dessen Anteil in der Atmosphäre 0,038 % beträgt und gegenwärtig um ca. 0,00015 % pro Jahr steigt. Das heißt, eines von 2600 Luftteilchen ist ein Kohlendioxidmolekül“ (Millett a.o.St. S. 67). In jedem Fall ist es gut, bei den Ressourcen zu sparen. So ist es auch gut, den Anteil der erneuerbaren Energien ständig zu erhöhen. Das zeugt von Verantwortungssinn. Problematisch ist leider, bezahlbare Lösungen für den Verbraucher zu finden, oder aber die Steigerung des Stromverbrauchs zu entschleunigen, besser noch umzukehren. Ist es wirklich nötig, täglich warm zu duschen? Kennt der moderne Mensch eigentlich noch den Gebrauch eines Waschlappens? Ist man nur dann wirklich Mensch, wenn Waschmaschine und Trockner für jeden Tag frische Kleidung sorgen? Muss der Rasen wirklich jede Woche oder noch öfter gemäht werden? usw.

Der Dilettantismus nimmt in so manchen Lebensbereichen zu. Man denke an die Energiesparlampen, welche sehr eilig obligatorisch wurden, ohne die Gefahren des enthaltenen Quecksilbers zu bedenken. Der Eifer um den staatlichen Dämmzwang im Rahmen der Gebäudesanierung sollte auch gebremst werden, da den Häusern und den Bewohnern schwere Schädigungen etwa durch Schimmel, Brandgefahr und natürlich höhere Mieten drohen. In einer die Freiheit respektierenden Gesellschaft muss jeder Hauseigentümer das Recht haben, die Dämmungen zu verweigern. Ihm ist grundsätzlich Selbstverantwortung zuzutrauen. Wirtschaftsminister Rösler ist zuzugestehen, dass er im Zusammenhang mit der Energiewende Zuständigkeiten aus dem Umweltministerium an sich zieht, weil er dadurch leichter „unliebsame Entwicklungen beim grünen Umbau des Landes hinauszögern“ kann („Der Spiegel“ 38/2012). Somit bieten sich der FDP weitere Chancen, u. a. durch eine Entschleunigung in Bezug auf die Abschaffung der Atomkraftwerke

10. Europagemäßer Rettungsschirm

Die Bezeichnung „nationalliberal“ erscheint manchen Freidemokraten als unziemlich. Sie betrachten sich als Europäer, welche den Einfluss ihres Heimatlandes eher schmälern wollen. Immerhin gibt es eine Gruppe „Liberaler Aufbruch“, die ein Ende der Fehlleistungen in Griechenland fordert. In der Tat trifft die Währungspolitik den Markenkern der liberalen Wirtschaftspartei. Hier kann sie sich profilieren. Es geht nicht etwa darum, Erfolgreiches zu kritisieren, sondern die erforderlichen Eingrenzungen vorzunehmen. Die Jungen Liberalen haben mit der Jungen Union ein gemeinsames Positionspapier erstellt und ein klares Nein zu Eurobonds gefordert. Letztere sollten die Freien Demokraten allemal nicht zulassen.

Schwieriger wird es mit dem ESM (vormals Provisorium EFSM). Wie eine Großbank kann er Euro-Ländern Darlehen geben, mit Staatsanleihen handeln, Banken rekapitalisieren, Zinsen festsetzen und gar Eurobonds ausgeben. Unverantwortlich ist, dass Kontrollen nahezu ganz fehlen; der europäische Stabilitätsmechanismus ist von den Regulierungspflichten der Kreditinstitute befreit. Das hat wiederum zur Folge, dass kein Gericht ihn irgendwie belangen kann. Diese Vergemeinschaftung der Verbindlichkeiten ist in höchstem Maße problematisch. Für Deutschland bedeutet dies, dass bald seine Zinslasten steigen werden mit der Folge, dass die Bonität in Gefahr gerät. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland haben dem ESM-Vertrag zugestimmt, die Bevölkerung ist darüber keinesfalls begeistert, wenn man etwa an die Demonstrationen denkt.

Nach unserer Verfassung soll ein vereintes Europa verwirklicht werden (Art. 23 GG). Der Bund kann dazu nur durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrats Hoheitsrechte übertragen (Abs. 1 Satz 2), wobei eine „selbstherrliche Entäußerung deutscher Staatsgewalt“ vermieden werden muss, worauf die Grundgesetzkommentatoren hinweisen. Zu verhindern ist, dass die gesamte Hoheitsgewalt auf die Europäische Union übertragen wird. Durch die Währungsmaßnahmen wird besonders das Budgetrecht des Parlaments betroffen. Dieses hat für die Stabilitätspolitik und Schuldenbegrenzung zu sorgen. Es ist nicht leicht, eine ideale Lösung zu finden; unzulässig sind die erwähnten Eurobonds, nämlich die einheitliche Schuldenaufnahme aller Länder. Schwieriger wird es in Bezug auf den ESM.

Die Deutschen dürfen es mit ihrem permanenten Denken an ihre „Kollektivschuld“ nicht übertreiben. Dabei spielt das ideologisch motivierte Gleichheitsdenken eine erhebliche Rolle. Natürlich ist es schön, wenn an die Fürsorge für Mitmenschen gedacht wird, welchen es finanziell schlechter geht. Aber die geistige Grundlage, nämlich die Bibel, kennt auch die andere Seite, nämlich das Ja zum Eigentum. Die erforderliche Abwägung in Bezug auf die Rettungsschirme lässt zurzeit noch zu wünschen übrig, zumal es in den Quellen unserer Kultur heißt: „Die Schuld lastet nur auf dem Schuldigen“ (Hesekiel 18, 20). Die FDP kann die Entscheidung von Politik und Justiz konstruktiv beeinflussen.

11. Christliche Quellen

Die Freien Demokraten haben es schwer in einer Gesellschaft, in welcher die Leitmedien sich generell gegen sie gewandt haben. Sie können nicht damit rechnen, dass z.B. auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen ihnen gegenüber Ausgewogenheit bietet. Dabei fordert der Rundfunkstaatsvertrag in Art. 11 von den Rundfunkanstalten, dass sie die kulturellen Errungenschaften unterstützen, insbesondere eine Schwerpunktbildung des Christlichen ermöglichen (so heißt es im „Beck’schen Kommentar“ dazu). Faktisch handelt es sich heute bei den Öffentlich-Rechtlichen um eine Art Staatsfernsehen, das Einseitigkeit und Christentumsfeindlichkeit geradezu fördert. Das hat der Verfasser in seinem Buch „Macht statt Geist“ deutlich gemacht; es geht um eine Auseinandersetzung im Kontext mit einem von „Panorama“ mit ihm durchgeführten Interview.

„Ich habe nie mit meinem Schicksal gehadert, was ja auch heißt, nie mit Gott gehadert, ihm aber immer wieder gedankt, er war stets gnädig mit mir“, so der frühere Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher (idea-Spektrum 20/11). Er gilt als besonderes Vorbild in liberalen Kreisen. Auch der jetzige Parteivorsitzende Philipp Rösler bekennt sich zu seinem Glauben: „Ich gehöre zu denen, die nicht nur in die Kirche gehen, wenn sie etwas vom lieben Gott wollen, sondern die sich auch bei ihm bedanken“ (idea-Spektrum 2/12). Im Bundestag wächst die Gruppe der „Christen in der FDP“; „wir wollen unseren Glauben endlich auch im Parlament offen vertreten“, bekannte der Bundestagsabgeordnete Patrick Meinhardt. Einerseits haben im Laufe der letzten Jahrzehnte Abgeordnete der FDP eine stärkere Trennung von Kirche und Staat gefordert, andererseits übersehen FDP-Abgeordnete nicht ihre christliche Grundlage: „Die Freiheit und der Einzelne spielen in der Bibel eine große Rolle, Gott ist auch ein Liberaler“, worauf der Haushaltspolitiker Otto Fricke hinweist („Der Spiegel“ 47/2009).

Christliches Gedankengut hat schon früh zu Warnungen vor der großen Bankenkrise geführt. Der Ökonom Roland Baader verband den Liberalismus mit dem Christentum über Begriffe wie „Der Dekalog als Verfassung der Freiheit“ oder die Botschaft der freien Nächstenliebe gegen die Staatsvergötzung. Er hat die Finanzkrise vorausgesagt zu einer Zeit, als kaum ein

Kollege davon eine Vorahnung hatte, nämlich bereits im Jahr 1991. Auch die Eurokrise erkannte er bereits 1998. Unermüdlich warb Baader für die Sache der Freiheit, und zwar bis zu seinem Tod im Jahr 2012.

Gar nicht konform geht der christliche Glaube mit den modischen Ideologien. Das gilt sowohl für die Politische Korrektheit als auch die Gender-Theorie. Aus der Perspektive des Verfassers ist Gender Mainstreaming grundgesetzwidrig. Es handelt sich um eine Überzeichnung von Art. 3 GG, eine Entstellung von Art. 6 GG und einen Verstoß gegen das Verbot der Sittenwidrigkeit nach § 138 BGB. Das nimmt nicht wunder, denn es handelt sich um eine destruktive Ideologie mit den vier wesentlichen Merkmalen: radikale Weltanschauung mit universalem Herrschaftsanspruch, angestrebte Fernziele für eine künftige ideale Gesellschaftsordnung, Strategien mit Gewaltbereitschaft und flexible Taktik zur Beeinflussung von Menschen unter ablenkender Propagierung vordergründiger Detailziele. Das hat der Verfasser in seinem Beitrag in dem Buch „Schlagseite – MannFrau kontrovers“ (S. 183 ff) näher ausgeführt. In der Tat geht es bei dem Mann und der Frau um zwei biologisch unterschiedliche und in gegensätzlicher Einheit vollkommene Identitäten. Das ergibt sich bereits aus der Schöpfungsgeschichte (Genesis 1, 27). Der von der EU aufoktroyierte Staatsfeminismus entspricht überhaupt nicht der Natur. Die FDP muss aktiv werden. Es ist für die Intelligenzija peinlich, dass eine US-Literaturwissenschaftlerin namens Judith Butler den Genderismus kreieren konnte. Bei allem Verständnis für den Ansatz, die Ausbeutung der Frau zu verhindern, geht es nicht an, die Biologie auf den Kopf zu stellen. Man kann nicht so ohne Weiteres behaupten, dass das menschliche Geschlecht nicht biologischen, sondern sozialen Ursprungs ist. Die Gender-Theorie geht davon aus, dass Menschen frei nach Belieben ihr Geschlecht ändern oder ganz ablegen könnten. Eine Gefahr besteht u. a. in dem schleichenden Erlöschen der heterosexuellen Anziehung.

Der erwähnte Autor des Buchs „Das Schlechte am Guten“ Millett fragt spöttisch: „Werden sich die polysexuellen, politisch gegenderten, selbst erschaffenen Egos dereinst nur noch im virtuellen Raum beim virtuellen Sex mit ebenso virtuellen Avataren begegnen?“ Ihm drängt sich der Eindruck auf, dass Gender-Theoretiker, die sich in ihrem anatomischen Geschlecht unglücklich fühlen, gern ihr eigenes Unglück auf die gesamte Menschheit ausgedehnt sähen (S. 75). Er macht sich Sorgen, dass Gleichschaltung des Bildungssystems, Kontrolle der politisch korrekten Medien, die gesamte wissenschaftlich demokratische Bewusstseinsindustrie und Sozialtechnologie die Freiheit nicht mehr zu beschermen vermögen (S. 77). Vom liberalen Demokratieverständnis her fragt Millett: „Wer hat Judith Butler als theoretische Lehrerin dieses größten Menschenversuchs aller Zeiten namens Gender Mainstreaming demokratisch berufen?“ Die Folgen sind gesamtgesellschaftlich kaum abzuschätzen (S. 79). Unwissenschaftlich und total widersprüchlich ist etwa Folgende: Einerseits behaupten die Gender-Ideologen, dass jeder Mensch sein biologisches Geschlecht individuell abändern kann, andererseits halten es die aus dem Genderismus resultierenden homosexuellen Protagonisten für völlig ausgeschlossen und höchst diskriminierend, dass jemand seine „gleichgeschlechtliche Identität“ abzuändern in der Lage sei. Die Ideologen machen sich somit geradezu lächerlich.

12. Sehnsuchtsvolles Volk

Die Bevölkerung ist allenfalls vordergründig mit dem derzeitigen politischen Handeln zufrieden. Sie sehnt sich in vielen Bereichen – wie es auch in den vorherigen Kapiteln deutlich geworden ist – nach Abänderungen. Diese betreffen zu einem großen Teil das freiheitliche Denken und Handeln. Gerade die den Sozialstaat tragende Mittelschicht stöhnt

unter den ihr von Staats wegen auferlegten Lasten. Sie muss das erarbeiten, was die öffentliche Hand so leichtsinnig verteilt. Von den Rettungsschirmen versteht der Normalbürger nicht viel, wenn es um die wirtschaftlichen Zusammenhänge geht. Allerdings sieht er, dass die Verschuldung des Staates permanent wächst und er die Konsequenzen dafür tragen muss. Das tut bitter weh.

Wohltuend wäre durchaus, wenn die FDP sich mit ihren Steuersenkungsideen durchsetzen könnte. Würde man letztlich Bürgerfeindliches abschaffen, dann wäre einerseits die Staatsverschuldung geringer, andererseits hätte der Bürger auch mehr Bares in seiner Tasche. Man denke an die überflüssigen Gender-Beauftragten; Gender Mainstreaming kostet die Bevölkerung jährlich mindestens 20 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Kosten für die superteuren Krippen-Einrichtungen, die sich pro Kind auf monatlich 1000 Euro belaufen; dabei wünschen die Eltern – so die öffentliche, nicht die veröffentlichte Meinung –, dass die Kinder bis zum dritten Lebensjahr gerade nicht von staatlichen Institutionen erzogen werden. Es ist in der Tat für die Bürger nicht nachvollziehbar, dass der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Goslar gekündigt wurde, weil sie sich auch für geknechtete und paralysierte Männer eingesetzt hat; nicht ehrenvoll dabei war das Bemühen der FDP-Fraktion, dass die Betroffene zusätzlich auch ihren Posten als Kindergartenleiterin verlieren sollte. Es ist also heute karriereschädlich, wenn jemand couragiert gegen den Mainstream kämpft. Die Freien Demokraten haben sich als bevölkerungsfeindlich gezeigt und müssen alles unternehmen, um die Sache in Ordnung zu bringen, da es wirklich nicht angeht, dass Liberale gegen die Freiheit kämpfen. Liberalismus hat eben mit dem Staatsfeminismus nichts gemein. Das gilt auch im Hinblick auf „die Verstaatlichung der Kinder“ durch die Krippen-Ideologie. Dabei werden die Erkenntnisse der Hirnforschung völlig außer Acht gelassen, etwa die unglaublich erscheinenden, aber wissenschaftlich untermauerten negativen Folgewirkungen zulasten der Kinder und der Gesellschaft – z. B. gesteigerte Kriminalität, gesundheitliche Beeinträchtigungen oder berufliches Versagen. Der Einspruch der FDP ist offensichtlich unterblieben.

Überhaupt regt sich gegen die freiheitsfeindliche Gleichmachungspolitik kaum Widerstand, leider auch nicht vonseiten der Liberalen. Die Egalisierung durch den Staat unter Kotau vor den Feministinnen hat nichts mit liberalem Denken zu tun. Dies führt, wenn es so weiter geht, in die Diktatur, wenn nicht gar in die Tyrannei.

Unter diesen Umständen ist bestens nachvollziehbar, dass die Bevölkerung immer weniger Lust hat, für Nachwuchs zu sorgen. Es wird gewiss nicht verkannt, dass der Staat durchaus etwas für Kinder tut, aber viel zu wenig. Das demografische Problem ist überhaupt nicht gelöst. Man kann natürlich behaupten, eine Kompensation sei mittels Volksgenossen mit Migrationshintergrund möglich. Das ist in sich schlüssig. Es ist kein Rassismus, hat auch nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, wenn Angehörige einer Nation zunächst einmal den Wunsch hegen, dass ihr Volk Bestand behält. Man kann darüber diskutieren, ob das Römische Reich an der Einwanderung zugrunde gegangen ist. Zuwanderer hatten es innerhalb von zwei bis drei Generationen geschafft, an die Macht zu gelangen und die römische Gesellschaft und Kultur zu zerstören. Nach der Erfahrung genügt auch ein relativ geringer Migrantenteil, um im Hinblick auf dessen unbegrenzte Forderungen schließlich die Machtübernahme zuzulassen. Es geht hier nicht darum, Ängste vor Ausländern, die deutsche Staatsbürger werden wollen, zu schüren. Aber es ist jedem Volk gestattet, etwas zur Aufrechterhaltung der Autochthonen zu tun. In Deutschland zählt man statistisch ca. 1,3 Geburten pro Frau, notwendig wären mindestens 2,1 Geburten, um das Bevölkerungsniveau zu erhalten. Die Medien werden sich insoweit nicht engagieren, wenn man bedenkt, dass Journalisten selbst

über eine Geburtenrate von nur 0,3, also ca. einem Viertel verfügen. Man kann der Auffassung sein, es sei gut, wenn das deutsche Volk aussterbe, gerade im Hinblick auf die schweren Verbrechen in der Vergangenheit. Das ist aber nicht Aufgabe von Politikern. Sie haben die Pflicht, sich für den Bestand der Bevölkerung einzusetzen.

Deutlich wird: Es besteht erheblicher Handlungsbedarf für die FDP, sei es nach innen und sei es nach außen. Unverzichtbar ist eine Rückkehr zu umfassend liberalem Denken – welches zwangsläufig auch die soziale Komponente einschließt. Eine nationale Identität ist keinesfalls europa- oder fremdenfeindlich. Die Liberalen müssen sich für die Ausmerzungen der paralysierenden Political Correctness einsetzen, welche letztlich zur Vaterlosigkeit der jungen Generation führt. Die Familie ist mit allen Kräften zu fördern, die Surrogate aus der Gender-Ideologie sind selbstverständlich zu respektieren, bedürfen aber keiner speziellen Unterstützung. Liberale haben auch den Mut zu bekennen, dass die eigene Kultur durchaus höherwertiger als eine fremde sein könnte. Ein gewisses Selbstbewusstsein darf man niemandem absprechen. Nimmt die FDP diese Grundsätze ernst, so ist es keinesfalls ausgeschlossen, dass sie von den Bürgern mit einem ordentlichen, die bisherigen Vorstellungen deutlich überschreitenden positiven Wahlergebnis belohnt wird.

Christian Hausen
Rechtsanwalt
24536 Neumünster
16.01.2013